

Ercheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Pfahvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 6 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 276

Freitag, den 25. November 1927

101. Jahrgang

Die Notwendigkeit der Verwaltungsreform

Saft 6 Milliarden Verwaltungskosten in Deutschland

II. Berlin, 25. Nov. Auf Aufforderung des Abg. Erling im Haushaltsausschuß hat das Reichsfinanzministerium, wie „Der Deutsche“ mitteilt, eine Zusammenstellung über die Gesamtbefoldungskosten der Länder gemacht. Darnach belaufen sich die Befoldungskosten der Länder nach dem Stand der jetzigen Befoldungsordnung auf 2477 Millionen Mark. Nach der Berechnung der Länder kostet die neue Befoldungsregelung weitere 406 Millionen Mark, so daß der künftige Befoldungsaufwand 2883 Millionen Mark betragen wird. Bei Hamburg, Bremen und Lübeck ist zu beachten, daß in den für die Verwaltung dieser Länder entstehenden Kosten auch die Ausgaben für die Kommunalverwaltung enthalten sind, da bei den freien Reichsstädten Staats- und Kommunalverwaltung ein und dasselbe sind. Bei mehreren Ländern, so vor allem in Preußen, Württemberg, Baden, Hessen und einer Anzahl kleinerer Länder ist nicht zu ersehen, ob in den angegebenen Personalkosten auch die Pensionen enthalten sind. Bei einzelnen Ländern sind diese Angaben gemacht worden.

Nach Durchführung der neuen Befoldungsordnung belaufen sich die Personalausgaben in Reich und Ländern einschließlich Pensionen auf etwa 3426 Millionen Mark. Schätzungsweise dürften die Personalausgaben bei den Gemeinden sich zwischen 2 bis 2,5 Milliarden Mark bewegen, so daß die gesamten Verwaltungskosten im Reich, in den Ländern und Gemeinden sich künftig zwischen 5,5 bis 6 Milliarden bewegen werden.

Alles in allem genommen, ergibt sich, so schreibt „Der Deutsche“ weiter, daß die Personalkosten in Reich, Ländern und Gemeinden sehr groß sind und es eine dringende Staatsnotwendigkeit ist, eine großzügige Vereinfachung unseres Verwaltungswesens durchzuführen.

Der bayerische Staatsvereinfachungsplan.

II. München, 25. Nov. Gestern früh hatte die „Frankf. Ztg.“ auf Grund einer Indiskretion Einzelheiten aus dem Staatsvereinfachungsplan der bayerischen Staatsregierung veröffentlicht. In einem Artikel der Bayerischen Volksparteiforrespondenz wird nun bestätigt, daß diese Einzelheiten im allgemeinen den vorläufigen Vorschlägen des Ministerpräsidenten an die Landtagsfraktionen entsprechen. Darnach würden aufgehoben werden: 2 Ministerien, zwei Kreisregierungen, 2 Oberlandesgerichte, 8 Landgerichte, 61 Amtsgerichte, 24 Bezirksämter, 24 Vermessungsämter und 12 Forstämter, sowie eine Reihe von Professuren an den Hochschulen. Die Befugnisse der Außenbehörden werden erweitert, der Instanzenweg verkürzt. Die Einsparungen an Personalausgaben sollen jährlich etwa 8 Millionen Mark, an Sachausgaben 6—8 Millionen ausmachen.

Staatskrise in Rumänien

Ministerpräsident Bratianu gestorben

II. Bukarest, 25. Nov. Ministerpräsident Bratianu ist gestorben. Der Tod des Ministerpräsidenten erfolgte gestern morgen um 6.50 Uhr. Einige Stunden vorher hatten die Ärzte versucht, durch einen Brustkreuzschnitt den Ministerpräsidenten am Leben zu erhalten.

Bratianu, der im 64. Lebensjahre stand, litt seit Montag an einer Indisposition, zu der sich Fieber gesellte. Am Mittwoch mittag wurde eine Entzündung des Kehlkopfes von den Ärzten konstatiert, die bei Bratianu starke Atemnot hervorrief. Der Tod erfolgte durch Ersticken, nachdem vergeblich versucht worden war, künstlich Sauerstoff zuzuführen.

Auf der Höhe seiner Macht ist der bedeutendste Staatsmann Rumaniens plötzlich gestorben. Als einer der größten Händlerschmiede Europas hat er es verstanden, Rumänien erhebliche Ländergewinne nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte zu verschaffen. Eine Verschmelzung der Neuerwerbungen mit dem eigenen Land ist ihm aber infolge der innerpolitischen Zwiste nicht geglückt. Er hinterläßt Rumänien unmittelbar am Rand des Bürgerkrieges. Die Opposition hat ihm den Kampf mit allen Mitteln angesagt. Der durch seinen Einfluß verbannte Kronprinz hielt sich bereit, dem Ruf zu folgen und nach Rumänien zurückzukehren. Sein Tod

Die Fürsorge für die Kleinrentner

Eine Erklärung des Reichsarbeitsministers.

II. Berlin, 25. Nov. Im sozialen Ausschuß des Reichstages stand der demokratische Antrag betreffend den Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes zur Beratung. Dabei gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns folgende Erklärung ab:

„Der von der Demokratischen Partei eingebrachte Entwurf eines Rentnerversorgungsgesetzes will den alten und erwerbsunfähigen Personen, die in den Jahren 1914 bis 1918 aus Kapitalbesitz ein regelmäßiges Renteneinkommen von mindestens 500 M. jährlich bezogen, es aber infolge der Geldentwertung verloren haben, eine Rente gewähren, die den Ertrag des früheren Kapitalvermögens weit übersteigt und mit zunehmender Kapitalsumme wächst. Rund zwei Drittel der zur Zeit in Kleinrentnerfürsorge stehenden Hilfsbedürftigen, und zwar gerade die Vermögenden, werden von dem Gesetz nicht erfaßt. Dagegen bedeutete es eine neue Krise von sehr erheblichem Umfang, die jetzt nicht in Fürsorge stehenden, in die Versorgung einzubeziehen. Das Reich, das offenbar die Kosten tragen soll, würde mit einem großen Aufwand belastet, der auf jährlich 160—200 Millionen Mk. zu schätzen ist.“

Die Frage, ob den Kleinrentnern ein rechtlicher Anspruch auf Rente gegeben werden kann, ist, abgesehen von ihrer grundsätzlichen Bedeutung, von so großer Tragweite für den Reichshaushalt und den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern, daß sie nur im engsten Zusammenhang mit dem Haushaltsplan und dem Finanzausgleich gelöst werden kann. Die Reichsregierung behält sich daher vor, im Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen über den Etat 1928 zu dieser Frage endgültig Stellung zu nehmen und bittet deshalb, den demokratischen Antrag zu vertagen.

Die Reichsregierung erkennt aber nicht, daß bedauerlicherweise die Fürsorge für die Kleinrentner keineswegs überall so durchgeführt wird, wie es dem Sinne und dem Geist der mit Zustimmung des Reichsrates aufgestellten Grundsätze entspricht, und daß diese Verhältnisse, schon ehe die Frage endgültig entschieden werden kann, eine Regelung erfordern. Die Reichsregierung wird daher unverzüglich den noch ausstehenden Restbetrag der im Haushalt 1927 für die Kleinrentner vorgesehenen 25 Millionen Reichsmark an die Kleinrentner ausschütten. Sie ist auch bereit, alsbald im Zusammenwirken mit den Länderregierungen durch Ergänzung der reichsgesetzlichen Bestimmungen den Kleinrentnern die erforderliche Handhabe zu sichern, den Fürsorgestellen gegenüber ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Sie wird auch im Einvernehmen mit den Ländern von dem ihr durch Artikel 15 der Reichsverfassung eingeräumten Aufsichtsbereich Gebrauch machen, um die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften für die Kleinrentnerfürsorge zu gewährleisten.“

Staatskrise in Rumänien

schafft keine Klarheit, sondern erhöht nur die Verwirrung, denn Bratianu war der alleinige Kopf der herrschenden Schicht, die ihn vermutlich kaum zu ersetzen vermag. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Opposition die Gunst des Augenblickes benutzt, um Carol zurückzuholen, und dann wird alles von der Stellung des Militärs abhängen. Jedenfalls haben die Gewitterwolken über dem Balkan sich von neuem erheblich zusammengezogen.

Eideleistung des neuen rumänischen Kabinetts.

II. Paris, 25. Nov. Die rumänische Regierung hat unmittelbar nach Bekanntwerden des Todes des Ministerpräsidenten Bratianu demissioniert. Wie die Berliner rumänische Gesandtschaft mitteilt, hat Ventilă Bratianu, der Bruder des verstorbenen Ministerpräsidenten, vorläufig dessen Amt übernommen.

II. Bukarest, 24. Nov. Die neue Regierung mit Ventilă Bratianu an der Spitze hat vor dem Regentenschatzrat den Eid abgelegt.

Wie die Korrespondenz Herzog aus Bukarest erfährt, hat die neue Regierung die Opposition wissen lassen, daß sie in der Frage der Rückkehr des Prinzen Carol auf demselben Standpunkt stehe, wie der verstorbenen Bratianu, und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Rückkehr Carols zu verhindern wissen werde.

Tages-Spiegel

Die Verwaltungskosten in Reich, Ländern und Gemeinden belaufen sich auf fast 6 Milliarden.

Die bayerische Regierung hat einen Verwaltungsvereinfachungsplan ausgearbeitet, welcher erhebliche Einsparungen vorsieht.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern in kurzer Sitzung mit dem Auslieferungsverfahren und dem Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Der rumänische Ministerpräsident Bratianu ist gestern gestorben. Sein Tod bedeutet für Rumänien eine krisenhafte Erschütterung.

Zwischen Albanien und Italien ist in Tirana ein Defensivbündnis abgeschlossen worden.

In der Pfalz ist ein großer Reparationschwindel angegedekt worden, der sich auch über Baden und Württemberg erstreckt und durch den süddeutsche Bauunternehmer schwer geschädigt wurden.

Carol nach Rumänien abgereist?

II. Paris, 25. Nov. Nach den hier in den späten Abendstunden vorliegenden Meldungen aus Rumänien sollen die Oppositionsparteien den früheren Kronprinzen Carol nach dem Ableben Bratianus verständigt haben, sofort nach Bukarest zurückzukehren. Gerüchtweise verlautet hier, daß Carol Paris bereits verlassen habe. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes war allerdings bisher nicht zu erhalten.

Abschluß eines Defensivbündnisses zwischen Albanien und Italien

II. Paris, 25. Nov. Nach einer Hausmeldung aus Rom ist am vergangenen Dienstag zwischen Albanien und Italien in Tirana ein Defensivbündnis abgeschlossen worden. Der Vertrag soll dem Völkerbund zur Registrierung unterbreitet werden.

Der Inhalt des Vertrages ist folgender: Im 1. Artikel wird die Fortdauer einer herzlichen und vollkommenen Freundschaft zwischen den beiden Ländern und die Gewährleistung gegenwärtiger Unterstützung bereits geschlossener Abkommen ausdrücklich hervorgehoben. Die Art. 2, 3 und 4 sind die wichtigsten. Art. 2 enthält die Bestimmung über eine unabänderliche Defensivallianz auf die Dauer von 20 Jahren zwecks Erhaltung des Friedens, während Art. 3 bestimmt, daß im Falle eines der Parteien drohenden, nicht selber provozierten Krieges die andere Partei verpflichtet ist, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, nicht nur, um den Feindseligkeiten zuvorzukommen, sondern auch, um der bedrohten Partei eine gerechte Genugtuung zu verschaffen. Nach Art. 4 verpflichtet sich jede Partei im Falle der Erschöpfung aller Versöhnungsversuche der andern Partei alle militärischen, finanziellen und sonstigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, um den Konflikt zu überwinden, vorausgesetzt, daß dieses Ansuchen von der bedrohten Partei gestellt wird. In Art. 5 verpflichten sich beide Parteien, keinen Friedens- oder Waffenstillstandsvertrag ohne gemeinsame Vereinbarung abzuschließen. Der Vertrag wird, wenn er nicht zum 18. oder 19. Jahr gekündigt wird, um weitere 20 Jahre verlängert. Der Anhang zu dem Vertrag enthält einen Briefwechsel zwischen dem albanischen Außenminister und dem italienischen Gesandten in Tirana. Darin wird festgestellt, daß, wenn gemäß Art. 2, 3 und 4 eine der beiden Parteien die militärische Hilfe der andern anzurufen genötigt ist, das Kommando über die alliierten Truppen in Albanien dem albanischen, in Italien dem italienischen Generalstab übertragen wird. In maßgebenden röm. politischen Kreisen wird betont, daß das Defensivbündnis keine Antwort auf den französisch-südslawischen Freundschaftsvertrag darstelle. Er stehe vielmehr im engsten Zusammenhang mit der schon vor einiger Zeit erfolgten Mitteilung, der italienischen Regierung an die Großmächte über militärische Vorbereitungen Südslawiens an der albanischen Grenze und bedeute, daß, falls freundschaftliche Vorstellungen der Großmächte in Belgrad keinen Erfolg haben, und die Beunruhigungen durch militärische Vorbereitungen an der albanischen Grenze fortgesetzt würden, albanische Truppen in die bedrohte Zone geschickt würden.

Die Arbeit der Reichstagsausschüsse

II. Berlin, 23. Nov. Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Besoldungsgesetzes bei der Gruppe 8 der aufsteigenden Gehälter fort. Zunächst wurde die Gruppe 8 b besprochen, die die Gehälter von 1700 bis 2700 RM. umfaßt. Zur Frage der Stellung der weiblichen Postbeamten und weiblichen Bürobeamten in den Ministerien wurde regierungsfreudig erklärt, daß eine Ueberführung in das Beamtenverhältnis für die weiblichen Angestellten nicht in Frage komme, die lediglich mit mechanischen Arbeiten beschäftigt sind, daß aber, soweit in Sonderfällen weibliche Angestellte in anderen Dienstzweigen auf dauernd erforderlichen Dienstposten verwendet würden, bei der Aufstellung des Etats für 1928 die Schaffung von Planstellen geprüft werden würde. Der Ausschuß genehmigte schließlich nach weiterer Beratung die Besoldungsgruppe 8 b und führte dann auch die Aussprache über die Gruppe 8 a zu Ende, zu der die Regierungsparteien eine Entschlüsselung vorlegten, die den Assistenten den Aufstieg von Gruppe 8 in Gruppe 7 ermöglichen soll.

Bei Gruppe A 8 wurde der Antrag der Regierungsparteien angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei Aufstellung des Haushaltsplanes durch Umwandlung von Planstellen in der Besoldungsgruppe A 8 in Planstellen der Besoldungsgruppe A 7 die Beförderungsmöglichkeiten der Assistenten bei den einzelnen Reichsverwaltungen nach Maßgabe des sachlichen Bedürfnisses zu verbessern. Bei Gruppe 7 wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, die Besoldungsgruppen A 7 und A 6 im Endgehalt um 100 M auf 3500 bzw. 3600 M zu erhöhen.

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages führte die Debatte über die Heilbehandlungsfrage fort. Bezüglich der Ersatzpflicht des Reiches gegenüber den Krankenkassen für die den Kriegsbeschädigten gewährte Heilbehandlung kam es zu keinem endgültigen Beschluß. Die Beschlußfassung wurde bis zur 2. Lesung vertagt.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde zum § 4 — Bekennerschule — ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, nach dem folgender Satz angefügt wird: „Auch den Lehrern an den Bekennerschulen sind diese verfassungsmäßigen Rechte des Art. 136 und 149, Abs. 2 der Reichsverfassung gewährleistet.“ Zum Abs. 6 des § 4 beschloß der Ausschuß einstimmig den Satz: „Die Eignung als Lehrer an der Bekennerschule wird allein nach der Zugehörigkeit des Lehrers zu der Bekenntnismehrheit, für die die Schule errichtet ist, bestimmt“, zu streichen.

Anfechtung der Landtagswahlen in Hessen

Die hessische Wirtschaftspartei sieht die Gültigkeit der Landtagswahlen an.

II. Darmstadt, 24. Nov. Der Landesverband Hessen der Wirtschaftspartei, der schon vor einiger Zeit beim Reichsgerichtshof Einspruch gegen die neuen hessischen Landtagswahlbeschränkungen eingelegt hatte, hat nunmehr die Parlagswahl angefochten. Weiterhin hat die Wirtschaftspartei diese Wahlanfechtung auch beim hessischen Staatsgerichtshof eingereicht, der, wie von zuständiger Stelle verlautet, unbeschadet der Stellungnahme des Reichsgerichts über Gültigkeit oder Ungültigkeit der Landtagswahlen allein zu entscheiden hat.

Staatspräsident Ulrich amtsmüde.

II. Berlin, 24. Nov. Wie die „Voss. Ztg.“ aus Darmstadt berichtet, hat der seit der Umwälzung im Amt befindliche hessische Staatspräsident Karl Ulrich die Absicht geäußert, wegen seines hohen Alters auf eine Wiederwahl zum Staatspräsidenten zu verzichten. Präsident Ulrich wird im Januar 1928 75 Jahre alt.

Der oberschlesische Schulstreik

Eine wichtige Entscheidung Calonders.

II. Katowitz, 25. Nov. Der Präsident der gemischten Kommission, Calonder, hat auf die Beschwerde des deutschen Volksbundes wegen der Nichterrichtung der Minderheitsschule in Gieraltowitz eine interessante außerordentlich wichtige Entscheidung gefällt, durch die eindeutig festgestellt ist, daß für den Schulbesuch einzig und allein der Wille der Erziehungsberechtigten maßgebend ist. Nach der Entscheidung ist die Minderheitsschule in Gieraltowitz unverzüglich zu errichten. Der Termin für die Eröffnung der Schule ist sofort dem Präsidenten der gemischten Kommission bekanntzugeben.

Vor den Wirtschaftsverhandlungen mit Polen

Zwardowski Führer der polnischen Delegation?

II. Berlin, 24. Nov. Der polnische Minister Dr. Zwardowski ist gestern abend aus Wien hier eingetroffen. Wie verlautet, steht seine Reise im Zusammenhang mit seiner voraussichtlichen Ernennung zum Führer der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin. Zwardowski war früher in Oesterreich eine Zeitlang Minister für Galizien.

Besuch Litwinows in Berlin

II. Rom, 24. Nov. Aus Moskau wird gemeldet, daß vor seiner Abreise Litwinow Besprechungen mit Tschitscherin sowohl über die Konferenz als auch über die Wiederaufnahme der Beziehungen zu England und der Schweiz hatte.

Heute wird Litwinow in Berlin erwartet. Obgleich über den Berliner Aufenthalt offiziell nichts verlautet, heißt es, daß Litwinow mit dem Auswärtigen Amt und insbesondere mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprechen werde. Voraussichtlich würden diese Besprechungen den deutsch-russischen Beziehungen gelten. Ob auch über die Konferenz in Genf verhandelt würde, sei nicht bestimmt. Die Nachrichten darüber, daß Litwinow mit dem englischen Botschafter in Berlin bereits Besprechungen haben wird, werden russischerseits demontiert.

England und die Abrüstungsfrage

Macdonald für Revision der Friedensverträge.

II. London, 24. Nov. Auf einer internationalen Friedenskonferenz in London sprach Ramsay MacDonald über die Abrüstung. Es genüge nicht, so erklärte Macdonald, vom Frieden zu reden und zu betonen, daß der Krieg eine unsinnige Zerstörung sei. Trotz aller Verluste und aller Lasten des Krieges sei Europa immer noch davon überzeugt, daß der beste Weg zur Friedenssicherung die Vorbereitung auf den Krieg sei und daß die Abfertigungen den einzigen Weg zur Sicherung der Staaten darstellten. Die Abrüstung sei gegenwärtig lediglich eine Frage der Budgetverminderung. Er sehe keinen Grund, warum England seinen Widerstand gegen die Unterzeichnung der verbindlichen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtshofes fortsetzen solle, nachdem das Veschreiten anderer Wege vielfache Fehlschläge gebracht habe.

Die Ungerechtigkeiten in den Friedensverträgen müßten beseitigt werden, aber die Revision müsse auf dem richtigen Wege erfolgen. Die Friedensverträge könnten nicht für zwei weitere Generationen in Wirksamkeit bleiben, ohne mit Sicherheit zum Ausbruch eines neuen Krieges zu führen.

Lloyd George gegen die Rüstungen der Alliierten.

In einer Rede in Canterbury wandte sich Lloyd George gegen die gegenwärtigen enormen Rüstungen in den Ländern der ehemaligen Alliierten. Der Kriegsminister habe sich, so erklärte Lloyd George, gegen eine Erklärung gewandt, wonach die Alliierten gegenwärtig zehn Millionen Mann unter den Waffen hätten. Wenn der Minister aber die Stärke der Armeen in Europa gegenwärtig mit 3-4 Millionen Mann angebe, so habe er nur die stehenden Armeen im Auge und nicht diejenigen, die in den Krieg zögen. Ein sorgfältiges Studium des Handbuchs des Völkerbundes ergebe, daß die betreffenden Nationen in der Lage seien, gegenwärtig 15 Millionen Mann ins Feld zu schicken. Die ständige Vermehrung der Rüstungen ergebe die Frage, gegen wen man eigentlich kämpfen wolle. Die englische Marine sei so mächtig, daß sie alle übrigen Flotten der Welt zusammen schlagen könne. Eine Kriegsvorbereitung gegen Amerika wäre Irrsinn.

Das britische Flottenbauprogramm.

II. London, 24. Nov. Der konservative Abg. William Dawson richtete im Unterhause an den Ersten Lord der Admiraltät die Frage, welche Gründe die Regierung zu der Entscheidung veranlaßten, den Bau von zwei Kreuzern zu unterlassen. Bridgeman erwiderte, daß, obwohl die britischen Vorschläge auf der Genfer Flottenabrüstungskonferenz nicht angenommen wurden, diese Konferenz die Ueberzeugung hinterlassen habe, daß eine Begrenzung der Seerüstungen erreicht werden könnte. Bridgeman teilte weiter mit, daß die britische Regierung auf Grund des Verlaufes der Genfer Flottenabrüstungskonferenz es nicht für notwendig halte, weitere 10 000-Tonnen-Kreuzer auf Stapel zu legen. Das Bauprogramm für 1927 sei um einen 10 000-Tonnen- und einen kleinen Kreuzer vermindert worden, während der Verzicht auf den Bau eines 10 000-Tonnen-Kreuzers im nächsten Jahre noch erwogen werde. Insgesamt seien gegenwärtig 12 10 000-Tonnen-Kreuzer für die britische Kriegsmarine im Bau. Die Frage der Sicherheit der britischen Verbindungslinien für die Versorgung mit Nahrungsmitteln sei bei der Verminderung des diesjährigen Bauprogramms berücksichtigt worden.

Die Luftstreitkräfte Englands u. Frankreichs

II. London, 25. Nov. Der Unterstaatssekretär im Luftministerium, Sir Philipp Sassoon teilte im Unterhause mit, daß die Stärke der ersten Kampflinie der britischen Militär-Luftstreitkräfte gegenwärtig etwa 750 Flugzeuge umfasse, von denen 270 auf auswärtigen Stationen seien. Der Personalbestand der Luftstreitkräfte betrage 29 985. Die gegenwärtige Stärke der französischen Luftstreitkräfte betrage nach den letzten verfügbaren Informationen 1380 Flugzeuge der ersten Linie, wovon 280 im Ausland stationiert seien. Der französische Personalbestand der Luftstreitkräfte könne nicht angegeben werden.

Die außenpolitische Lage Südslawiens

II. Belgrad, 24. Nov. In der Skupstina gab Außenminister Dr. Marinkowitsch Erklärungen über die außenpolitische Lage ab. Er wies einleitend auf die friedlichen Ziele der südslawischen Außenpolitik hin und betonte ferner, daß die kleine Entente um so stärker sei, je länger sie bestehe. Der Redner wandte sich dann dem französischen südslawischen Vertrage zu und berief sich dabei auf die seit langer Zeit bestehenden guten Beziehungen zu Frankreich. Der Vertrag sei gegen niemand gerichtet; er stelle nur bereits Vorhandenes noch einmal ausdrücklich fest. Frankreich wie auch Südslawien wollten die Achtung vor den Grundsätzen des Völkerbundes durch einen neuen Pakt sichern.

Mit auffälliger Wärme sprach der Außenminister dann über das Verhältnis zu Großbritannien. Die Engländer, so führte der Minister aus, waren unsere Brüder im großen Kriege und wir können niemals vergessen, welche großen Dank wir England schuldig sind. Die südslawische Regierung sei der Ansicht, daß die Sicherung der Sympathie Großbritanniens dem Interesse des südslawischen Volkes entspreche. Sie werde deshalb mit allem Nachdruck in dieser Richtung weiter tätig sein. Wir bemühen uns, so fuhr Marinkowitsch fort, unsere Außenpolitik mit den auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichteten Tendenzen Englands in Einklang zu bringen. Ich hoffe, daß unsere Besprechungen in dieser Hinsicht nicht resultatlos bleiben werden.

Auch gegenüber Italien schlug Marinkowitsch einen außerordentlich friedfertigen und entgegenkommenden Ton an. Er wies energisch die Behauptung zurück, daß Italien systematisch an der Zertrümmerung der kleinen Entente arbeite und daß es Südslawien zu isolieren trachte. Als Außenminister müsse er erklären, daß er von einer Isolierung Südslawiens nichts bemerken könne. Der gleiche rumänische Außenminister, der den Freundschaftspakt mit Italien geschlossen habe, erklärt, daß er die Beseitigung aller Mißverständnisse zwischen Südslawien und Italien wünsche. Der Redner stellte weiter fest, daß die Beziehungen Südslawiens zu Ungarn ebenfalls besser geworden seien und fuhr dann fort: Unsere Beziehungen zu Italien sind nicht so, wie wir es wünschen. Zwischen Italien und Südslawien muß sowohl nach den gegebenen Voraussetzungen als auch nach der geographischen Lage ein Verhältnis bestehen, das von den vorwiegend gemeinsamen Interessen diktiert wird. Ich werde mich bemühen, dazu beizutragen, daß unsere Beziehungen zu Italien sich in der Richtung einer wirklichen und tiefen Freundschaft entwickeln.

Marinkowitsch sprach weiter seine Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Griechenland aus, streifte kurz den albanischen Konflikt und wandte sich dann dem Verhältnis zu Bulgarien zu. Die mazedonische Organisation bezeichnete er als verbrecherisch. Alle Maßnahmen seien getroffen worden, um einen Grenzübergang von Agenten dieser Organisation zu verhindern. Die bulgarische Regierung sei davon benachrichtigt worden, und er erwarte, daß sie alles tun werde, um die Zustände zu beseitigen. Südslawien habe das Recht, von der bulgarischen Regierung zu fordern, daß diese verbrecherischen Aktionen auf südslawischem Gebiet von ihr verhindert würden.

Marinkowitsch kam dann auf die Beziehungen zu Deutschland zu sprechen, die er als freundschaftliche bezeichnete. Er erachte es als seine Pflicht, festzustellen, daß die Haltung Deutschlands Südslawien gegenüber in allen Angelegenheiten vollkommen freundschaftlich gewesen sei.

Der kanadische Ministerpräsident in Washington

II. London, 25. Nov. Nach Meldungen aus Washington ist der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King zu seinem ersten Besuch seit Errichtung der kanadischen Gesandtschaft in der amerikanischen Hauptstadt eingetroffen. Im Zusammenhang mit dem Besuch Mackenzie Kings in Washington wird von wichtigen politischen Besprechungen mit Staatssekretär Kellogg gesprochen, doch wird in offiziellen Kreisen darauf hingewiesen, daß es sich lediglich um allgemeine Unterhaltungen über die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen handle.

Das Ergebnis der Angestelltenversicherungswahlen in Württemberg

Die Pressestelle des Gauess Schwaben im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband teilt uns mit: Zu wählen waren in 89 württembergischen und 2 hohenzollerischen Wahlbezirken 109 Vertrauensmänner und 218 Ersahmänner. Diese verteilten sich nach den Mitteilungen der Versicherungsämter wie folgt: A. Vertrauensmänner: DGB, 69 = 63 Proz. (1922 = 55 Proz.), BWA, 6 = 6 Proz. (8 Proz.), sonstige Gedag-Verbände — — — (1 Proz.), Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereine zusammen 69 = 64 Proz. (59 Proz.), GdA, 7 = 6 Proz. (7 Proz.), sonstige Hauptauschussverbände 1 = 1 Proz. (7 Proz.), Hauptauschussverbände zusammen 77 = 71 Prozent (78 %), Afa 30 = 27 Proz. (19 Proz.), Wibe 2 = 2 Proz. (8 Proz.). B. Ersahmänner: DGB, 79 = 36 Proz. (1922: 45 Proz.), BWA, 18 = 8 Proz. (4 Proz.), sonstige Gedagverbände 11 = 5 Proz. (2 Proz.), Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereine zusammen 108 = 49 Proz. (51 Proz.), GdA, 28 = 12 Proz. (6 Proz.), sonstige Hauptauschussverbände 2 = 1 Proz. (19 Proz.), Hauptauschussverbände zusammen 136 = 62 Proz. (70 Proz.), Afa 74 = 34 Proz. (21 Proz.), Wibe 8 = 4 Proz. (9 Prozent).

Das Erscheinen der Unterhaltungsbeilage muß in den nächsten Wochen aus Gründen betriebstechnischer Art von Samstag auf Freitag verlegt werden Die Schriftleitung

Wizard

Fußstützen
nach Professor Dr. Block
metallo, regulierbar, brechen und
rosten nicht, keine Reparaturen

Der neue, gummiöse
**Krampfadern- und
Entfettungs-Strumpf**
Wasch- u. flickbar, luftdurchlässig,
unter dem feinsten Seidenstrumpf
unsichtbar

GRATIS-VORFÜHRUNG

Kostenlose, fachkundige Beratung
durch Spezial-Sachverständigen der Wizard Lightfoot Appliance Co. Inc. U.S.A.

am Montag, den 28. und Dienstag, den 29. November

IN CALW

bei Firma

CHRISTIAN ZAHN, Lederstraße 89 1. Stock
Alleinverkauf der DORN-SCHUHE

Dorn-Schuh

machen und erhalten Ihre Füße gesund u. leistungsfähig.
Für kranke, deformierte u. schmerzende Füße ab-
solut sichere Hilfe durch Spezialformen, besonde-
rer Fußheilbehelfe und naturgemäßer Fußpflege.
Wir bitten um Besuch aller Fußleidenden!

Vorgezeichnete
und fertige
Handarbeiten,
Handklöppel-
und
Stickerispitzen
Surzwaren
empfiehlt
H. Hetzler
Lederstr. 177
Auch Weiß- u. Bunt-
stickereien werden an-
gefertigt

Fahrräder
in allen Preislagen
Chr. Widmaier
Mechan. Werkstätte.

Puppen
aller Art repariert
J. Obermatt
Friseurgeschäft
b. Adler, Telefon 240

Dach- **pappe**
Dachlack
Carbolineum
Teerfrei
Spezialpappe
Hofort billigst
Stuttg. Asphalt- und
Teergeschäft Seeger
Stuttgart, Adolstr. 10
Telephon 407 20
Patent in Pappenbach

Gebrauchte
Mähmaschinen
(auch größere für Schneide-
r) unter jeder Garantie sind
wieder zu haben bei
Friedrich Herzog
beim Mühle

Das lebende Schaufenster

durch
Vorführung
des Fußbodeneinigers

D.-Cedar Mop

von einer tüchtigen Stuttgarter Hausfrau.
Keine Hausfrau veräume, morgen
Samstag, den 28. Nov. an meinem
Geschäft vorbeizukommen.

Eugen Dreiß am Markt.

Hüte - Mützen
Schirme - Stöcke
Pelzwaren

kaufen Sie am besten bei



Eduard Klein | **Spezial** **Glohus**
am Markt | **Westl. 42**
Pforzheim

Besuchen Sie die



denn Sie sind ein Ereignis für ganz Deutschland!

Kauft Möbel zu Weihnachten!

Jeder Käufer erhält ein Weihnachtsgeschenk!

Ratenkaufabkommen der B. B. B.

Brüder
C. & F. Landes-Möbel G.m.
Pforzheim Duflacherstraße Nr. 8 b.H.



Gehingen, den 23. November 1927.

Trauer-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe, treubeforgte Mutter

Heinricke Claß 

geborene Maier

heute abend kurz nach 10 Uhr nach langem Kampfe von ihrem schweren Leiden erlöst wurde.

In tiefem Leid:

der Sohn Eugen mit Familie.

Beerdigung Samstag Nachmittag 1 1/2 Uhr.

Erschmühl, den 23. November 1927.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Johannes Klumpp 

Aukerwirt

nach langer, schwerer Krankheit zur ewigen Ruhe eingehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die Gattin:

Mina Klumpp geb. Schweikert.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 26. Nov., nachmittags 3 Uhr in Hirsau statt.

Rötenbach, den 25. November 1927.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die mir bei dem langen u. schmerzvollen Krankenlager und dem Hinscheiden unserer lieben, treubeforgten Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Kath. Barbara Gall 

erfahren durfte, insbesondere der im Kirchspiel neu ausgezogenen Krankenschwester Emilie für die treue Pflege während ihres Leidens, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Müller am Grabe, den erhebenden Gesang des Leichenchors unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Stoß, den Herren Ehrenträgern, für die Kranz- u. Blumenpenden, sowie für die zahlreiche Begleitung von nah und fern zu ihrer letzten Ruhestätte sagen innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

S: Gg. Gall mit Familie.

Billige Weihnachtsangebote!

Bringe mein reichhaltiges Lager in

Winter-Schuhwaren

warme Filzschuhe zum Schnüren u. m. Schnallen, besteht und unbefestigt, ferner Kamelhaar- u. Umhängelochschuhe für Kinder u. Erwachsene, sowie meine wasserdichten Werktagstiefel in empfehlende Erinnerung.

Reparaturen werden gut und billig ausgeführt

J. Knörzer, Calw, Biergasse.



Ziehen Sie

den Weihnachts-Anzeiger dieses Blattes zu Rate, wenn Sie nicht wissen, was Sie zu Weihnachten schenken sollen. Sie finden darin eine Menge Weihnachts-Geschenke angeboten!

Schön möbliertes heizbares

Wohn- mit Schlafzimmer

sodort zu vermieten.

C. Börner Färberei
Badstr. 361.

Kinderlos. Ehepaar (Dauermieter) sucht auf 1. April sonnige

3-Zimmer-Wohnung.

Angebote wollen unter Sch. Nr. 252 an die Gesch.-St. ds. Bl. eingereicht werden

3-4-Zimmer-Wohnung

womöglich mit Bad, in gutem Hause für sofort oder später von älterem Ehepaar gesucht.

Angebote an Professor Moosbrugger, Lederstr.



Morgen von 9 Uhr an find auf dem

Wochenmarkt

zu haben:

Frische Eier 10 Stück 1.50 M.
Große Kocheier 10 Stück 1.30 M.
Bergamottebirnen 5 Pfund 0.90 M.
Kranzseigen 1 Kranz 0.22 M.
Prima Tafelobst
Goldparmänen per 3tr. 17.— M.
Boskop per 3tr. 16.— M.
Zuigen per 3tr. 14.— M.
Gewürzuigen per 3tr. 13.— M.
Bamannsrenetten per 3tr. 13.— M.
Dehning. Blutkräft. per 3tr. 12.— M.
Ruchenäpfel 10 Pfund 1.20 M.
Rochäpfel 10 Pfund 1.— M.





Herrenmäntel in großer Auswahl von 30—140 Mark

Burschenmäntel, Knabenmäntel

Lodenmäntel, Pelserinen

Besichtigung ohne jeden Kaufzwang erbeten

Paul Räuchle, am Markt, Calw.



DER NAME BÜRGT FÜR QUALITÄT U. LEISTUNG

Sticken, stopfen, nähen vor- und rückwärts.

Große Auswahl bei unserem Vertreter:

Fr. Herzog beim Rößle.

B. G.

Die heutige

Generalversammlung

findet am kommenden Samstag, den 26. ds. Mts., abends 8 Uhr, im Bad. Hof statt. Tagesordnung wie üblich.

Die Mitglieder der Gesellschaft werden zu recht zahlreichem Besuche eingeladen.

Calw, den 21. November 1927.

Der Ausschuß.



Bad Teinach

Am Samstag und Sonntag halte ich



Mezelsuppe

und lade hiezu höflich ein

Gch. Kofstenschner
Weinstube

Das vornehme Haus für Zahlungserleichterung

Kredit an Jedermann!

Helios

gibt jedem die Gelegenheit, sich bequem, gut und billig zu kleiden

Augen auf!

Herren- und Damen-Bekleidungshaus

HELIOS G. m. b. H.

Pforzheim, Metzgerstraße 14

1/6 Anzahlung **Langfristiger Kredit**

Kaufe was Du willst | Zahle wie Du willst

Weg mit den Sorgen | HELIOS wird borgen